

Sitzungsperiode 2021-2022
Sitzung des Ausschusses I vom 5. September 2022

FRAGESTUNDE*

- **Frage Nr. 1071 von Herrn MOCKEL (ECOLO) an Ministerpräsident PAASCH zur Indexierung der Löhne im nichtkommerziellen Sektor**

Seit Monaten weise ich die Regierung auf ein wachsendes Problem hin, von dem an die 1000 Lohnempfänger in der Deutschsprachigen Gemeinschaft betroffen sein dürften: die notwendige Erhöhung der Zuwendungen der DG an den nicht-kommerziellen Sektor, damit dieser die Löhne seiner MitarbeiterInnen korrekt indexieren kann. In Zeiten von Inflation tragen die Dotationen des Föderalstaates und der Wallonischen Region an die DG den Preissteigerungen Rechnung. Und in den Bereichen, die der Gemeinschaft mehr oder weniger direkt unterstehen (Ministerium, Unterrichtswesen, ...) werden die Zuwendungen automatisch und in vollem Umfang indexiert.

Aber auch viele Organisationen, beispielsweise im nicht-kommerziellen Sektor und im Pflegebereich hängen für die Auszahlung der Gehälter wesentlich von der DG ab. Die Regierung der DG hat aber eine korrekte Anpassung bisher weder vollzogen noch angekündigt. Bisher wurde diesen Arbeitgebern lediglich eine jährliche Zuschusserhöhung von 1.5 % plus ein einmaliger Zuschlag von 2% zugesichert.

Bei einer voraussichtlichen Inflation von über 9% reicht das aber vorne und hinten nicht. Ihre Antworten waren bei unserer letzten Aussprache in diesem Hause unzufriedenstellend. Das ist auch die Rückmeldung, die wir aus dem Sektor bekommen. Die Arbeitgeber aus den erwähnten Sektoren durchdenken gerade alle möglichen Krisenszenarien: Dienste an die Bevölkerung zurückschrauben, Personal entlassen, Insolvenz anmelden...

Wirft man einen Blick zurück, ist beispielsweise die Situation im sozio-kulturellen Sektor schon länger problematisch. Seit 2015 verhält sich die Finanzierung in folgendem Verhältnis: für eine Kostenentwicklung von + 22,5% gab es in derselben Periode nur 12,5% Zuschusserhöhungen. Es hätte schon viel früher etwas unternommen werden müssen. Eventuelle wenige Rücklagen sind aufgebraucht oder schmelzen derzeit im Eiltempo dahin. Das Problem aufschieben vergrößert es nur noch weiter. Herr Ministerpräsident: Bisher weigert sich Ihre Regierung, die Zuwendungen korrekt zu indexieren. Angesichts der Zuspitzung der Situation erlaube ich mir bei Ihnen nochmal nach zu haken:

* Die nachfolgend veröffentlichten Fragen entsprechen der von den Fragestellern hinterlegten Originalfassung.

1. Können Sie die Kosten einer solchen Anpassung der Zuwendungen der DG an den nicht-kommerziellen Sektor, inklusive Sozial- und Pflegesektor beziffern?
2. Sehen Sie in der nächsten Haushaltsanpassung eine Zuwendung vor, die es dem Sektor ermöglichen wird, die Gehälter ihrer Mitarbeiter zu indexieren, ohne Dienstleistungen zu reduzieren oder Entlassungen vornehmen zu müssen?
3. Wie ist diesbezüglich der Verhandlungsstand mit den Vertretungen der betroffenen Sektoren?

• **Frage Nr. 1072 von Herrn FRECHES (PFF) an Minister ANTONIADIS zur Neutralität der Gemeindekollegien**

Die Gemeinde St. Vith hat einen Antrag auf Städtebaugenehmigung für die Schaffung einer RAVEL-Überquerung an der Bergstraße in Recht eingereicht.

Ende 2021 übermittelte das Gemeindekollegiums von St. Vith seine Stellungnahme, in der Folgendes zu lesen ist:

„In Anbetracht, dass 57 Einsprüche zu diesem Bauvorhaben eingereicht wurden, 43 Einsprüche von insgesamt 31 Haushalten aus der Ortschaft Recht und 14 Einsprüche von Personen aus anderen Ortschaften fristgerecht eingegangen sind.

In Anbetracht dessen, dass 47 eingegangene Einsprüche mit Unterschriften auf einem vorgefertigten Serienbrief versehen sind, und dass lediglich 10 Einsprüche individuell verfasst sind“.

Die Rolle des Gemeindekollegiums besteht darin, diese Einsprüche neutral zu bearbeiten.

Erlauben Sie mir Ihnen, werter Herr Minister, daher folgende Frage zu stellen:
Gibt es eine dekretale Handlungsbeschreibung im Rahmen einer Städtebaugenehmigung, die die Auflistung und die Bewertung von eingegangenen Beschwerden aus der Bevölkerung heraus definiert?

• **Frage Nr. 1073 von Herrn SERVATY (SP) an Ministerpräsident PAASCH zur Verfügbarkeit von freiwilligem Personal der Hilfeleistungszone DG während der Arbeitszeiten**

Die Hilfeleistungszone DG schrieb Ende Juni 15 Stellen im Dienstgrad einer freiwilligen Feuerwehrfrau oder eines freiwilligen Feuerwehrmanns, 11 Stellen im Dienstgrad beruflicher Feuerwehrmann/-Frau und eine Stelle im Dienstgrad beruflicher Sergeant aus. Damit wurde der unmittelbare Personalbedarf auch öffentlich beziffert.

Indes findet der föderale Befähigungsnachweis am kommenden 10. September statt. Dies ist die Prüfung, die inzwischen jeder bestehen muss, um in Belgien Zugang zur Tätigkeit einer Feuerwehrfrau oder eines Feuerwehrmanns, auch im Statut eines Freiwilligen, zu erhalten. Hier hoffen wir auf rege Teilnahme.

Wie wichtig der Einsatz der Feuerwehrleute ist, zeigte sich nicht zuletzt im Rahmen der Waldbrände, die in diesem Sommer auch in unserer Region verstärkt aufgetreten sind. So berichtete das Grenz Echo in einem Artikel vom 16. August, dass die Hilfeleistungszone DG für u.a. „neun Gestrüpp- oder Waldbrände“ ausrückte. Insgesamt waren in Ostbelgien „für elf Brandeinsätze von Freitag- bis Montagmorgen über 100 freiwillige Feuerwehrleute im Einsatz“. Dass die Hilfeleistungszone so viel Personal mobilisieren konnte, „liege aber nicht zuletzt daran, dass Urlaubszeit sei und viele Mitstreiter für einen Abruf bereitstehen“.

Der akute Personalbedarf bei der Hilfeleistungszone DG ist längst kein Geheimnis mehr. Nun erinnerte der Zonenkommandant daran, dass tagsüber besonders wenig Personal

verfügbar ist, weil nicht jeder seinen Arbeitsplatz verlassen darf. In diesem Kontext sei daran erinnert, dass die Deutschsprachige Gemeinschaft in Ostbelgien zu den größten Arbeitgebern gehört.

Weder der allgemeine Personalmangel noch der größere Personalmangel während der Arbeitszeiten sind Alleinstellungsmerkmale der Hilfeleistungszone DG.

Dennoch stellen sich uns in diesem Zusammenhang folgende Fragen:

1. Inwiefern erlauben die Deutschsprachige Gemeinschaft und andere öffentliche Dienste in Ostbelgien ihren Personalmitgliedern, den Arbeitsplatz im Einsatzfall zu verlassen?
2. Welche Möglichkeiten sehen Sie, um die Hilfeleistungszone DG bei ihrem Werben um weiteres -insbesondere freiwilliges - Personal zu unterstützen?

• **Frage Nr. 1074 von Herrn MOCKEL (ECOLO) an Minister ANTONIADIS zum juristischen Vakuum für Geschäftsniederlassungen in der Deutschsprachigen Gemeinschaft**

Der wallonische Minister Borsus für Raumordnung wird voraussichtlich das wallonische Dekret vom 5. Februar 2015 zur Regelung von Geschäftsniederlassungen streichen und die entsprechenden Bestimmungen in das wallonische Gesetzbuch zur räumlichen Entwicklung (GRE - CoDT für Code du développement territorial) einfließen lassen.

Dieses Dekret der Wallonischen Region, welches die Einpflanzung wirtschaftlicher Standorte regelt, gilt auch für das Gebiet Deutscher Sprache.

Wie wir alle hingegen wissen, wurde Anfang des Jahres 2020 die Raumordnung der Deutschsprachigen Gemeinschaft übertragen.

Ohne weitere Schritte zu unternehmen, würden wir uns in der DG also ab dem voraussichtlichen Inkrafttreten des neuen wallonischen CoDT und der gleichzeitigen Abschaffung des "décret implantations commerciales" im September 2023 in einem juristischen Vakuum befinden. Es gäbe folglich kein Regelwerk mehr, das die Bestimmungen und Prozeduren für geschäftliche Niederlassungen in der DG vorsieht.

Angesichts dieser problematischen Entwicklung habe ich folgende Fragen an Sie Herr Minister Antoniadis:

1. Gab es zu dieser Reform eine Konzertierung zwischen der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft und der Wallonischen Region, wie es das Zusammenarbeitsabkommen vom 14. November 2019 in diesen Materien vorsieht?
2. Wie ist es um die Zuständigkeit bestellt: ist die DG befugt, diese Materie in ihr eigenes Dekret zur räumlichen Entwicklung aufzunehmen?
3. Welche konkreten Lösungsansätze verfolgt die Regierung der DG zur Zeit?

• **Frage Nr. 1075 von Herrn MOCKEL (ECOLO) an Minister ANTONIADIS zum Thema: Brauchen wir einen Energiesparplan in der DG?**

Mit der neuen Sitzungsperiode sind wir jetzt auch in der zweiten Hälfte des Kalenderjahres angekommen. Der Sommer geht zu Ende. Die Menschen schauen mit großer Sorge auf den kommenden Winter und die ständig steigenden Heiz- und Stromrechnungen.

Aus den Gemeinden der DG häufen sich die Meldungen, dass die Energiepreise schwer zu Buche schlagen und selbst sinnvolle Projekte im Energiebereich nicht durchgeführt werden können. So verzichtet Bütgenbach auf ein Nahwärmenetz in Elsenborn. Kelmis ist in großen finanziellen Schwierigkeiten. Wer ist als nächstes dran?

Angesichts dieser Entwicklungen scheinen die existierenden Förderinstrumente an Ihre Grenzen zu stoßen und reichen nicht aus, um die finanziellen Mehrkosten aufzufangen und die Klimaziele zu erreichen.

In der Zwischenzeit lancieren die anderen Teilstaaten Initiativen, die auch für uns in der DG interessant sein könnten bzw. die Mängel unserer Instrumente aufzeigen.

In der Wallonie lanciert Minister Henry die Energiegemeinschaften.

In Brüssel gibt es jetzt eine 0-2% Finanzierung für Energetische Sanierung und dies auch für Mieter, für Arbeiten in Eigenregie, ... Fälle, die bei uns in der DG von den Energieprämien ausgeschlossen sind.

Quer durch Europa wollen Länder, Städte und Regionen Vorbild sein und kündigen eigene Energiesparmaßnahmen für den kommenden Winter an.

Am Mittwoch 31. August fand in Belgien ein Konzertierungsausschuss statt, in dem die belgische Föderalregierung und die Teilstaatenregierungen sich auf Massnahmen einigten.

Angesichts dieser Entwicklungen habe ich folgende Fragen an Sie Herr Minister Antoniadis:

1. In welchen Bereichen kann die DG im Rahmen Ihrer Zuständigkeiten und ihres eigenen Energiehaushalts mit gutem Beispiel voran gehen?
2. Inwiefern wäre hier eine übergeordneter und chiffrierter Energiesparplan der DG ein angemessenes Instrument um für den kommenden Winter die eigene Vorbildfunktion wahr zu nehmen?
3. Wo werden Sie im Rahmen Ihrer Zuständigkeiten in den Bereichen Raumordnung, Wohnungswesen und Energie die Möglichkeiten erweitern, damit endlich alle Bürger der DG in die Lage versetzt werden, ihren Energiebedarf zu reduzieren?